

Flamingos gegen Trump

Albanien: Zehntausende demonstrieren gegen Luxusresort aus Umfeld der Familie des US-Präsidenten. Der Umweltprotest ist zur Bewegung gegen Premier Edi Rama geworden

Von Fabio Nacci

Unter dem Slogan »Albanien ist nicht zu verkaufen« sind Zehntausende Albaner den sechsten Tag in Folge auf die Straße gegangen. Der Grund: der Bau eines Luxusresorts durch das US-Investmentunternehmen von Jared Kushner, Trumps Schwiegersohn und Immobilienhai. Das Projektgebiet umfasst Sazan – die größte Insel des Landes, unbewohnt und jahrzehntelang militärisches Sperrgebiet – sowie mehrere hundert Hektar des Schutzgebiets Vjosa-Narta, eines empfindlichen Küstenfeuchtgebiets mit Robben, Nistplätzen von Meeresschildkröten und Flamingos.

Gerade die Flamingos sind zum Symbol des Massenprotests geworden: Demonstranten versammeln sich auf dem Skanderbeg-Platz in Tirana und ziehen mit Flamingofiguren aus Pappe zum Regierungssitz. Aus dem Aufruhr gegen den Ausverkauf des Landes ist längst eine Antiregierungsbewegung geworden – die »Flamingorevolution«.

Ausgelöst wurde der Protest durch ein Video. Am 30. Mai zerrten in Zvërnec Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes – schwarze T-Shirts, keinerlei Kennzeichnung – einen Demonstranten zu Boden und schlugen ihn, während die Staatspolizei untätig blieb und Tränengas zum Einsatz kam. Die viral gegangenen Bilder machten aus einem lokalen Streit eine nationale Krise. Nach den Gewalttaten wurden zwei Sicherheitsfirmen die Lizenzen entzogen, ein Mitarbeiter wurde festgenommen, fünfzehn Demonstranten wurden festgesetzt, und der Innenminister selbst forderte rasche Strafen für die Verantwortlichen.

Die Baustelle betreibt die »Zvërnec South Adriatic Development«, offshore als Trust in den Niederlanden registriert, mit anonymen wirtschaftlich Berechtigten. Genehmigungen und Umweltverträglichkeitsprüfung wurden nie veröffentlicht. Die Investitionssumme des Projekts ist unklar: Die Rede ist von rund 1,5 Milliarden Euro, während Rama vier Milliarden Euro nennt – für eine Anlage mit bis zu 10.000 Zimmern, die auch die kleine Insel Zvërnec in der Narta-Lagune umfassen würde.

Zu den »nicht verhandelbaren« Forderungen der Demonstrierenden zählen der Rücktritt der Rama-Regierung und die Abschaffung des Sonderstatus für strategische Investoren samt der damit verbundenen Vorzugsverfahren in Energie, Infrastruktur, Landwirtschaft und Tourismus. Gefordert wird außerdem die Aufhebung des sogenannten Bergpakets, das Bauprojekte in

entlegenen Regionen erleichtert, sowie die Rücknahme der Änderungen an den Gesetzen zu Schutzgebieten und Kulturerbe.

Am schwersten wiegt juristisch, dass die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und organisierte Kriminalität (SPAK) Ermittlungen in der Zvërnec-Affäre aufgenommen hat. Sie untersucht die Statusänderung des Gebiets und die dubiosen Grundstückskäufe durch ein Geflecht aus Firmen und Einzelpersonen. Erste Konsequenz: eingefrorene Vermögenswerte.

Rama wiederum weicht den Forderungen aus und hält unbeirrt am Projekt fest. Er erklärte, man könne es »annullieren«, sobald Unterlagen vorlägen – und stellte die Proteste als grundlos dar. Gleichzeitig verbreitete er das Narrativ einer griechischen Einflussnahme: Ein KI-Bild von Bussen mit griechischen Fahnen wurde im Fernsehen als vermeintlicher Beleg für angereiste Demonstranten ausgegeben, obwohl die SPAK Ermittlungen gegen solche »griechischen Busse« ausdrücklich verneinte.

Die Vorgeschichte reicht zurück: Schon 2024 kursierten Berichte über Pläne von Kushners Fonds Affinity Partners, mit Golfstaatenkapital und israelischen Beteiligungen Resorts an Albaniens Küsten »zu entwickeln«. Eine israelische Rolle in Zvërnec ist bislang nicht belegt, doch Rama wurde im April 2025 von Staatspräsident Isaac Herzog mit Israels höchster ziviler Auszeichnung geehrt.

Wie angespannt die Lage ist, zeigte sich am Mittwoch: Während Demonstranten in Tirana eine Polizeisperre durchbrachen, waren dieselben Absperrungen eigentlich für das abendliche Länderspiel Albanien-Israel errichtet worden. Ein Zufall, der in dieser Atmosphäre unweigerlich politisch aufgeladen wird.

<https://www.jungewelt.de/artikel/523721.südosteuropa-flamingos-gegen-trump.html>